

Russland auf Partnersuche im Osten: **US-Sanktionen verfehlen ihr Ziel**

Josef Braml

Eine Annäherung zwischen den USA und Russland wird weiter auf sich warten lassen. Innenpolitisch viel zu nützlich sind für beide Seiten die gegenseitigen Drohgebärden: Putin kann von der schlechten wirtschaftlichen Lage im Land ablenken und Trump bei den anstehenden Kongresswahlen Stärke zeigen. Im Windschatten der westlichen Sanktionen gegen Russland sucht China neue Partner. Ein Interessenausgleich zwischen Trump und Putin ist schon deshalb notwendig, um Chinas raumgreifende Aktivitäten einzudämmen.

Sonderermittlungen gegen Trump

Die Gleichzeitigkeit aktueller Ereignisse könnte nicht brisanter sein: Während US-Präsident Donald Trump sich auf das Gipfeltreffen mit dem russischen Machthaber Wladimir Putin am 16. Juli in Helsinki freut und weiterhin Moskaus Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahlen abstreitet, klagt Robert Mueller, der seit Mitte Mai 2017 in der sogenannten Russland-Affäre ermittelt, zwölf russische Geheimdienstmitarbeiter an. Der Sonderermittler hält es für erwiesen, dass sich Russlands Agenten mit Hackerangriffen bei Trumps Wahl zum US-Präsidenten eingemischt haben.¹

Ebenso geht der US-Geheimdienst davon aus, dass russische Militärs hinter der Einflussnahme auf die US-Präsidentschaftswahlen stecken. Damit hat Trump auch den Einschätzungen seines Geheimdienstes widersprochen, den er verächtlich als „deep state“, als unkontrollierten Staat im Staate, bezeichnet, der ihm, dem rechtmäßig gewählten Volkstribun, das Handwerk legen wolle, weil er zum Wohle seiner Bewegung gegen das Washingtoner Establishment und die Bürokratie vorgehe.²

Als Donald Trump in Helsinki sogar auf internationalem Parkett seinen Geheimdiensten misstraute und dem ehemaligen russischen Geheimdienstmann Putin mehr Glauben schenkte, war die Empörung in Washington so groß, dass er etwas zurückrudern musste. „Ich akzeptiere die Schlussfolgerung unserer Geheimdienste, dass eine

Einmischung Russlands bei der Wahl 2016 stattgefunden hat“, räumte Trump ein, um dann noch hinzuzufügen: „Es könnten auch andere Leute gewesen sein. Es gibt viele Leute da draußen.“ Mit dieser vagen Andeutung eröffnete sich Trump weitere rhetorische Auswege und gab nicht zuletzt auch den Verschwörungstheorien seiner Anhänger erneut Nahrung.³

Ende Mai 2018 verlangte Trump sogar, dass das Justizministerium untersucht, ob der Geheimdienst, namentlich das Federal Bureau of Investigation (FBI), oder das Ministerium selbst sein Wahlkampfteam „aus politischen Gründen infiltriert oder überwacht“ hätten. Schnell war bei Trumps Anhängern von einer Verschwörung die Rede⁴ – eine Verschwörungstheorie, die er selbst für richtig hält.⁵ Für den Fall, dass man versuchen sollte, den Präsidenten des Amtes zu entheben, drohten Trumps publizistische Scharfmacher bereits unverhohlen mit Gewalt und prophezeiten einen Bürgerkrieg.⁶

Amtsenthebungsverfahren wenig wahrscheinlich

Sollte der langjährige (2001 bis 2013) FBI-Direktor Mueller bei seinen aktuellen Sonderermittlungen indes

stichhaltige Beweise vorlegen können, die belegen, dass Trumps Wahlkampfteam und der US-Präsident von den russischen Aktivitäten gewusst oder sogar wissentlich mit russischen Agenten zusammengearbeitet haben, müssten auch die Abgeordneten und Senatoren im Kongress ernsthaft ein Amtsenthebungsverfahren erwägen.

Doch das Impeachment eines Präsidenten ist keine juristische Zwangsläufigkeit, sondern ein politisches Vorgehen.⁷ Ausschlaggebend für die Kongressabgeordneten, die mit einer einfachen Mehrheit des Abgeordnetenhauses ein solches Verfahren einläuten, ebenso wie für die Senatoren, die mit einer Zweidrittelmehrheit der Anwesenden in der zweiten Kammer des Kongresses die Amtsenthebung beschließen könnten, ist deren politisches Kalkül. Die entscheidende Frage der Volksvertreter lautet: Schadet diese außergewöhnliche Zwangsmaßnahme gegen einen amtierenden Präsidenten und Oberbefehlshaber, zumal in unsicheren geopolitischen Zeiten, der eigenen politischen Karriere? Oder in politische Sprachhüllen der Abgeordneten und Senatoren übersetzt: Wäre ein Amtsenthebungsverfahren im nationalen Interesse, im Sinne der Wähler?

Vor allem die republikanischen Abgeordneten und Senatoren haben mit Blick auf die unsichere Weltlage und die anstehenden Kongresswahlen im November im politischen Alltagsgeschäft bislang wenig Courage gezeigt, ihrem Präsidenten wirklich in die Hand zu greifen. Sie haben sogar in der Handelspolitik darauf verzichtet, die eigenen Machtbefugnisse im System der sogenannten Checks and Balances, der konkurrierenden und sich damit gegenseitig kontrollierenden politischen Gewalten, zu wahren.

Russland-Sanktionen des Kongresses

Es war daher umso bemerkenswerter, dass der Kongress in der Frage der Sanktionen gegen Russland machtbeusst den Präsidenten an die Kandare nahm. Trump musste – auch mit Blick auf die Sonderermittlungen gegen ihn – sogar davon absehen, die Sanktionen des Kongresses mit seinem Veto zu verhindern, weil er ohnehin von beiden Legislativ-Kammern mit jeweils einer Zweidrittelmehrheit überstimmt worden wäre.⁸

Um diese Niederlage zu kaschieren und um hinsichtlich der Sonderermittlungen seinen Unterstützern glaubhaft zu versichern, dass er nicht, wie seine Herausforderin Hillary Clinton bereits im Wahlkampf behauptet hatte, „Putins Marionette“ sei, hat Trump seitdem keine Gelegenheit ausgelassen, auch dem russischen Machthaber öffentlichkeitswirksam die Stirn zu bieten.

„Russland mach dich bereit!“ drohte Donald Trump und prahlte mit seinem Waffenarsenal vor den Luftangriffen gegen das mit Russland verbündete Syrien im April 2018. Nachdem der amerikanische Präsident dann auch noch über den Kurznachrichtendienst Twitter meldete, dass die Beziehungen zu Russland schlechter seien als zu Zeiten des Kalten Krieges, waren die Medien alarmiert.⁹

Der „Kalte Krieg“ wurde auch bereitwillig von deutschen Veteranen dieser Zeit in diversen Talkshows diskutiert. Zumal auch die russische Seite mitgespielt und Washington gewarnt hatte, dass sie zurückschlagen werde. Doch nach der anfänglichen Drohung Russlands, auch amerikanische Stellungen anzugreifen, die auf Syrien feuern, ruderte der russische UN-Botschafter Wassili Nebenja später wieder zurück: Sollten bei Bombardierungen russische Truppen getroffen werden, so der Gesandte Moskaus einschränkend, würde Russland militärisch aktiv werden. Bei der Planung und Durchführung der Luftschläge gegen syrische Regierungstruppen konnte man im Weißen Haus den logischen Schluss ziehen: Solange russische Soldaten nicht betroffen sind und amerikanische Streitkräfte keinen unmittelbaren Regimewechsel in der Region anstreben, können sie in Syrien tun, was sie wollen.¹⁰

Insofern waren die martialischen Drohungen beider Seiten eher ein Ablenkungsmanöver – hüben wie drüben. Haben die Präsidenten beider Staaten doch auch ein innenpolitisches Interesse daran, Stärke zu beweisen. Die Drohgebärden nützen sowohl Putin als auch Trump: Mit Blick auf ihren Machterhalt geht es ihnen in erster Linie um die Gunst des eigenen Volkes. Zwar hatte Trump explizit angekündigt, die beiden großen Verbündeten des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zur Verantwortung zu ziehen, neben dem Iran also auch Russland.¹¹ Doch Moskau hatte er in den Augen seiner Landsleute ohnehin schon empfindlich getroffen, indem er die Wirtschaftssanktionen scharf machte, die ihm vom Kongress abgenötigt wurden.

Unbeabsichtigte Konsequenzen der Sanktionen

Die Sanktionen haben jedoch bislang nicht dazu beigetragen, das außenpolitische Verhalten des Kreml-Führers im Sinne westlicher Strategen zu verändern. Im Gegenteil: Dank der westlichen Sanktionen kann der russische Präsident Putin von der Schwäche seiner Regierung im sozialen und wirtschaftlichen Bereich durch eine antiwestliche Propaganda ablenken.¹²

Die unbefriedigten Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung nach sozialer und ökonomischer Sicherheit

werden durch Konsum einer bewährten Massendroge überkompensiert: Nationalismus, der durch Abgrenzung von äußeren Feinden geschaffen wird. Der sogenannte Westen muss als Sündenbock für das eigene Reformversagen und Missstände herhalten. Putin kann die Sanktionen westlicher Staaten instrumentalisieren, um den eigenen Machterhalt zu sichern: Die Androhung weiterer Wirtschaftssanktionen ermöglicht es ihm umso mehr, im eigenen Land ein patriotisches Wir-Gefühl, eine Wagenburgmentalität zu schaffen.¹³

Die Öl-Waffe

Viel stärker als die Sanktionen haben zwischenzeitlich die niedrigen Ölpreise den Machtapparat in Moskau in die Bredouille gebracht. Denn die Stabilität des russischen Regimes hängt wesentlich von den Einnahmen aus den Energieexporten ab. Sollten die verkauften Mengen an Öl und Gas oder der dafür veranschlagte Preis über einen längeren Zeitraum spürbar sinken, wäre Putins autokratische Herrschaft gefährdet.

Auch Washington ist nicht verborgen geblieben, dass die russische Führung große Schwierigkeiten hat, ihre Politik und Wirtschaft vom Ressourcenfluch zu befreien. Zwar sind noch üppige Reserven vorhanden, doch angesichts der Korruption bei der staatlich dominierten Rohstoffausbeutung besteht die Gefahr, dass eine zerfallende russische Autokratie die USA und Europa vor noch größere Herausforderungen stellen wird als die aktuell in der Ukraine-Krise zur Schau gestellte Energiepotenz des Kreml-Führers.¹⁴

Des Weiteren befürchten US-Sicherheitsexperten, etwa von der Brookings Institution,¹⁵ schon seit Längerem, dass Sanktionen im Energiebereich den USA selbst schaden – unmittelbar und auf lange Sicht: Sie bestärken Putin darin, seine nach Asien gerichtete Diversifizierungsstrategie mit noch größerer Dringlichkeit zu forcieren. Die russische Führung wird versuchen, ihre Kundschaft auszuweiten. Neben Europa sollen nach den Plänen des Kremls künftig auch energiebedürftige asiatische Länder, allen voran China, mit russischen Rohstoffen versorgt und damit Einnahmen und Regime dauerhaft gesichert werden.

Der Preis der Pax Americana

Insofern haben amerikanische Verhandlungsführer denkbar schlechte wirtschaftliche und geopolitische Argumente gegen Deutschland wegen seiner „Nord Stream 2“-Pläne, wonach noch mehr russisches Erdgas aus den Feldern Sibiriens über St. Petersburg bis nach Greifswald

transportiert werden soll. Im Vergleich zum russischen Erdgas käme Amerikas Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG), das mit Schiffen und in den Häfen über noch zu finanzierende Terminals transportiert werden müsste, viel teurer – wenn man wirklich marktwirtschaftliche Prinzipien bei der Entscheidungsfindung zugrunde legt.

Und auch das geopolitische Argument, wonach Europa für seine Sicherheit auch bei seiner Energieversorgung einen höheren Preis (an die Schutzmacht USA) zu zahlen habe, ist kurzsichtig. Deutschland kaufe sein Erdgas für Milliarden Euro von Russland, verlasse sich jedoch als Trittbrettfahrer auf die Schutzmacht USA, die Deutschland vor allem vor russischer Aggression bewahre, lautete Trumps vehemente Kritik beim jüngsten NATO-Gipfel in Brüssel.¹⁶

Diese Sicht ist vergangenheitsorientiert und dabei auch noch geschichtsvergessen. So versuchte etwa auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mäßigend auf Trump einzuwirken, mit dem Verweis, dass selbst während des Kalten Krieges Russland immer ein verlässlicher Energielieferant des Westens war. Und auf längere, geostrategische Sicht bleiben für die USA und seine westlichen Verbündeten nicht Russland, der Gegenspieler aus längst vergangenen Zeiten des Kalten Krieges, im Zentrum der Sicherheitsüberlegungen, sondern die aufstrebende Macht China.

Eindämmung Chinas

Insbesondere Amerikas Haupttrivale China, dessen wirtschaftliche Entwicklung und militärische Aufrüstung von Energieimporten abhängen, ist sehr daran interessiert, die Energielieferanten und Lieferwege zu diversifizieren. Da Chinas Energieversorgung aus Afrika und dem Mittleren Osten vielerorts (unter anderem auch an der Straße von Malakka, einer Meerenge in Südostasien, und an der Straße von Hormus, deren Sperrung umfangreiche Öllieferungen aus dem Mittleren Osten verhindern würde) durch die USA blockiert werden kann, ist das Reich der Mitte um Alternativen bemüht (vgl. Abb. 1).

Daher kommt es nicht von ungefähr, dass der 2013 gewählte chinesische Staatspräsident Xi Jinping seinen ersten Auslandsbesuch dem russischen Machthaber Putin abstattete, um die Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern.¹⁷ Die Strategie des vom Kreml gelenkten Pipelinekonzerns Transneft ist schon seit geraumer Zeit nach Asien gerichtet, um die Pazifik-Region, insbesondere China, Südkorea und Japan mit Öl zu beliefern. Über die Eastern Siberia-Pacific Ocean oil pipeline (ESPO-Pipeline) bezieht China mittlerweile schon mehr Öl aus Russland als Deutschland. Bereits im Februar 2014 präsentierte Transneft Pläne, in

Abb. 1: Geopolitische Rivalität mit China



Besonders verwundbar sind Chinas Energietransporte in der Meerenge von Malakka – in erster Linie durch Singapur, das mit den USA verbündet ist. Daher erwarten amerikanische Sicherheitsexperten, dass China versuchen wird, sich die beiden anderen Seewege zum Indischen Ozean zu sichern: Die Lombok-Straße – eine Meerenge zwischen den indonesischen Inseln Bali und Lombok – verbindet die Javasee mit dem Indischen Ozean und ist damit eine der bedeutendsten Seehandelsrouten Ostasiens. Die zwischen Sumatra und Java verlaufende Sunda-Straße ist neben der Straße von Malakka die wichtigste Verbindung vom Indischen Ozean zum Südchinesischen Meer. Australien ist für die USA ein wichtiger Partner, weil von seiner Küste aus die für Chinas Energieimporte wichtigen Seewege durch den Inselstaat Indonesien besser kontrolliert werden können.

den nächsten sechs Jahren knapp zehn Milliarden Dollar zu investieren, um die Kapazität der ESPO-Pipeline zu verdoppeln.

Die Ausweitung der Pipeline-Kapazitäten ist nötig, um die auf 25 Jahre angelegte 270 Milliarden Dollar umfassende Vereinbarung zwischen dem russischen Öl-Giganten Rosneft und der China National Petroleum Corporation (CNP) umzusetzen.¹⁸ Auch der staatlich gelenkte Energiekonzern Gazprom plant schon seit Längerem, eine Pipeline nach China zu bauen.

Die Sanktionsdrohungen des Westens in der Ukraine-Krise haben schließlich den über ein Jahrzehnt in der Preisfrage uneinigen russischen und chinesischen Handelsführern zum Vertragsabschluss verholfen, den der russische Präsident bei seinem China-Besuch im Mai 2014 als „epochal event“¹⁹ feierte. Nach dem „biggest contract“²⁰, den Gazprom laut Aussage seines Chefs Alexej Miller je eingegangen ist, wird Russland von 2018 an über 30 Jahre jährlich 38 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach China liefern.²¹

Die immensen Investitionen in Pipelines und andere Infrastruktur kann insbesondere China aufbringen. Zumal das Reich der Mitte seit der von den USA verursachten Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 damit begonnen hat, sich von der Interdependenz mit den USA zu lösen, indem es über seine „Seidenstraßeninitiative“ (One Belt, One Road) weltweit alternative Exportmärkte erschließt, zunehmend Währungsreserven aus der sogenannten Dollar-Falle nimmt und die eigene Währung behutsam internationalisiert.

Auch Moskau hat ein schon seit Längerem bekundetes Interesse, den Dollar als einzige Weltleitwährung abzulösen, um ein multipolares Währungssystem zu etablieren. China und Russland könnten dazu beitragen, indem sie ihre Handelsgeschäfte über ihre Währungen (zunächst in Form von Swaps)²² abwickeln.

Die durch westliche Sanktionsdrohungen in der Ukraine-Krise forcierte Annäherung Russlands und Chinas kann also nicht im Interesse der USA sein, zumal die langfristig angelegten Pläne Moskaus und Pekings darauf hindeuten, dass neben Nordkorea auch westlich orientierte Staaten wie Japan und Südkorea durch Energielieferungen noch stärker wirtschaftlich eingebunden werden sollen.²³ Ohnehin sehen US-Strategen mit Sorge, dass Japan und Südkorea wirtschaftlich bereits mehr mit China verflochten sind als mit den USA.

Konfrontation mit dem Iran

Die Weltmacht USA wird diesen möglichen globalen Kräfteverschiebungen nicht tatenlos zusehen. Nach der

unilateralen Aufkündigung des Nukleardeals mit dem Iran werden die USA voraussichtlich Präventivschläge gegen den Iran durchführen. Damit wollen Trump und seine Berater nicht nur Irans Nuklearkapazität verhindern und Regionalmachtambitionen begegnen, sondern auch China einen Strich durch seine geopolitische Rechnung machen.

Militärschläge würden Instabilität fördern in einer Region, die weit weg von den USA ist. Ein Krieg würde es dem Rivalen China erschweren, dringend benötigte Rohstoffe aus dieser Region zu beziehen und weiteren Einfluss zu gewinnen.

China wäre umso mehr auf russisches Öl und Gas angewiesen, das Russland wegen der Instabilität im Nahen und Mittleren Osten dann auch noch zu höheren Preisen verkaufen könnte.

Deshalb würde Russland außer verbalen Protesten wenig dagegen einwenden: Weil die Machthaber in Moskau dringend auf höhere Energiepreise angewiesen sind, um Russlands von Öl- und Gasexporten abhängige Wirtschaft und damit das politische System zu stabilisieren.

Im Kreml ist man fest davon überzeugt, dass der Untergang der Sowjetunion – laut Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts – weniger durch das Rüstungswettrennen und die wirtschaftliche Schwäche, sondern hauptsächlich durch die – von Saudi-Arabien verursachten – niedrigen Ölpreise befördert wurde.

Es wäre demnach von iranischer Seite naiv zu erwarten, dass der Architekt eines weiterhin von Öleinnahmen abhängigen „Neu-Russland“ Washington in den Arm fallen würde, wenn die USA nach der Aufkündigung des Nukleardeals mit Präventivschlägen gegen das iranische Regime vorgingen.

Zumal heute das sunnitische Saudi-Arabien umso mehr daran interessiert ist, seinem schiitischen Erzfeind Iran den Garaus zu machen und dementsprechend auch Russland finanzielle Anreize geben wird, damit der Kreml bei einem Waffengang gegen den Iran stillhält.

Dafür spricht auch das neue Kriegskabinett in Washington: Donald Trumps neuer Sicherheitsberater John Bolton, der mit seinem Besuch in Moskau den Gipfel zwischen Trump und Putin in Helsinki vorbereitet hat, fordert schon seit Längerem: „To Stop Iran’s Bomb, Bomb Iran“²⁴ – um die iranische Atombombe zu verhindern, muss man den Iran bombardieren. Trumps neuer Außenminister Mike Pompeo ist, anders als sein Vorgänger Rex Tillerson, in der Iran-Frage ebenso ein Hardliner.

Schließlich hat man aus dem Nordkorea-Konflikt eine Lehre gezogen:²⁵ Wenn man zu lange wartet, gibt es keine Handlungsalternativen mehr. Bei nüchterner Betrachtung ist der „Nuklearzug“ in Nordkorea abgefahren. Trump

kann das nordkoreanische Regime nur noch eindämmen und nicht mehr seine Nuklearkapazitäten mit Präventivschlägen beseitigen. Im Wissen um ihre eigene militärische Stärke und die Verwundbarkeit amerikanischer Truppen in der Region kann die nordkoreanische Führung der Weltmacht die Stirn bieten. Wenn man die jüngste Geschichte sieht, etwa Trumps unilaterale Aufkündigung des Nukleardeals mit dem Iran, hat Pjöngjang ohnehin keinen Anreiz, mit Washington wirklich ernsthaft darüber zu verhandeln, seine Nuklearwaffen aufzugeben.

Anders sieht die Lage mit Blick auf das iranische Regime aus: Die USA könnten nachdem sie nun den Nukleardeal mit dem Iran aufgekündigt haben, alsbald weitere Konsequenzen folgen lassen. Sollten Trump und seine Sicherheitsberater zu der Einschätzung kommen, dass der Iran Atombomben baut, werden sie schnell reagieren und Präventivschläge gegen den Iran durchführen.

Darüber hinaus gibt es auch innenpolitische Gründe für eine militärische Option: Der damit verursachte Preis-Effekt würde auch von US-Shale-Gas-Produzenten begrüßt, die wegen hoher Produktionskosten und drückender Finanzierungslasten bereits in ihrer Existenz bedroht sind.²⁶ Merklich höhere Ölpreise würden zwar einerseits viele amerikanische Konsumenten belasten. Doch bewahren sie andererseits die heimische Energieindustrie vor Konkursen und deren unmittelbaren und gravierenden Auswirkungen auf das amerikanische Finanz- und Wirtschaftssystem.²⁷

Der amtierende US-Präsident hat schließlich noch einen weiteren innenpolitischen Grund für ein militärisches Vorgehen: die anstehenden Kongresswahlen im November. Im Fall gezielter Luftschläge gegen den Iran kann er mit dem „rally around the flag“-Effekt rechnen – also damit, dass sich im Krisenfall seine Landsleute auch bei Wahlen patriotisch hinter ihrem Präsidenten und Oberbefehlshaber stellen.

Das alternative Szenario wäre für Trump viel gefährlicher: Im Regelfall verlieren US-Präsidenten bei den ersten Zwischenwahlen. Sollten die Mehrheiten beider Kammern des Kongresses an die Demokraten gehen und Sonderermittler Mueller Belastendes gegen ihn ans Tageslicht bringen, müsste Trump mit einem Amtsenthebungsverfahren rechnen.

Schlussfolgerungen für die deutsche Politik und Wirtschaft

Politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger in Deutschland und Europa sollten sich darauf einstellen

- dass entgegen der hierzulande gehegten Hoffnungen Trump nicht so schnell seines Amtes enthoben wird.
- dass Trump die Sanktionen gegen den Iran weiter verschärfen wird – und auch mit Härte gegen Firmen anderer Staaten vorgehen wird, die mit dem Iran weiterhin Geschäfte betreiben wollen.
- dass notfalls militärische Präventivschläge gegen den Iran unter anderem auch verhindern können, dass China einmal mehr Nutznießer westlicher Sanktionen ist.
- dass die Abgeordneten und Senatoren im amerikanischen Kongress ihre Sanktionen gegen Russland in dem Maße lockern werden, in dem die angeschlagene Weltmacht USA die „Regionalmacht“²⁸ Russland benötigt, um die andere, aufsteigende Großmacht China einzudämmen.

Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit“.

Anmerkungen

- 1 Amber Phillips, Mueller's indictment of 12 Russians lands at a really awkward moment for Trump, in: Washington Post, 13.7.2018, <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2018/07/13/muellers-indictment-of-12-russians-lands-at-a-really-awkward-moment-for-trump/?utm_term=.4d32c4ad55dd&wpisrc=nl_politics-pm&wpm=1> (abgerufen am 14.7.2018).
- 2 Isobel Thompson, Trump's fear of a deep state coup has become full-blown hysteria, in: Vanity Fair, 23.5.2018, <<https://www.vanityfair.com/news/2018/05/trump-deep-state-coup-hysteria>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 3 Donald Trump zitiert in: Ashley Parker, Robert Costa und Felicia Sonmez, Trump says he accepts U.S. intelligence on Russian interference in 2016 election but denies collusion, in: Washington Post, 18.07.2018, <https://www.washingtonpost.com/politics/growing-number-in-gop-call-for-trump-to-fix-the-damage-from-helsinki-news-conference/2018/07/17/7ea15178-8902-11e8-8aea-86e88ae760d8_story.html?utm_term=.531b7cbb47db> (abgerufen am 18.07.2018).
- 4 Isobel Thompson, Trump's fear, a.a.O. (Anm. 2).
- 5 Julie Pace, Trump acknowledges for first time he's under investigation, in: Associated Press, 16.6.2017, <<https://www.apnews.com/0172a576e8124251b5478818d1944632>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 6 Oliver Georgi, „Eine Amtsenthebung wird zum Krieg führen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ.net, 18.5.2017, <<http://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/donald-trump-eine-amtsenthebung-wird-zum-krieg-fuehren-15021952.html>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 7 Ausführlicher: Josef Braml, Das Politische System der USA, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 320/2013, S. 18-19.
- 8 Matt Flegenheimer und David E. Sanger, Congress reaches deal on Russia sanctions, setting up tough choice for Trump, in: New York Times, 22.7.2017, <<https://www.nytimes.com/2017/07/22/us/politics/congress-sanctions-russia.html?login=email&auth=login-email>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 9 Julian Borger, Andrew Roth, Patrick Wintour, Heather Stewart und Martin Chulov, Syria: US-Russia tensions build as Moscow hits back at Trump's Twitter threat, Guardian, 11.4.2018, <<https://www.theguardian.com/world/2018/apr/11/kremlin-us-strike-against-syria-heighten-instability>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 10 Neil MacFarquhar, In Moscow, a sense of relief after a limited Syria attack, in: New York Times, 14.4.2018, <<https://www.nytimes.com/2018/04/14/world/europe/russia-syria-missile-chemical.html>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 11 Donald Trump zitiert in ebd.
- 12 Auch nach der aktuellen Einschätzung des Russland-Experten der DGAP „nutzt die russische Führung den Konflikt mit dem Westen, um von inneren Defiziten abzulenken.“ Stefan Meister, Russlands neue Außen- und Sicherheitspolitik: Präsident Wladimir Putin verabschiedet sich von der liberalen Weltordnung, DGAPkompakt Nr. 12, Juli 2018, S. 2, <<https://dgap.org/de/article/getFullPDF/31124>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 13 Ausführlicher: Josef Braml, In der Sanktionsspirale, in: Handelsblatt, 12.2.2015, S. 48.
- 14 So auch die Einschätzung von Joseph S. Nye, A Western strategy for a declining Russia, in: Project Syndicate, 3.9.2014, <www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-wants-to-deter-russia-without-isolating-it> (abgerufen am 14.7.2018).
- 15 Clifford Gaddy, zitiert nach Neil MacFarquhar und David M. Herszenhorn, Ukraine crisis pushing Putin toward China in: New York Times, 20.5.2014, S. A1, <<https://www.nytimes.com/2014/05/20/world/europe/ukraine-crisis-pushing-putin-toward-china.html>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 16 Deutsche Presse-Agentur (dpa), Merkel vs. Trump: Streit auf offener Bühne beim Nato-Gipfel, 11.7.2018, <<https://www.zeit.de/news/2018-07/11/merkel-vs-trump-streit-auf-offener-buehne-beim-nato-gipfel-180710-99-97316>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 17 Einige Beobachter sprechen sogar schon von einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“: Michal Makocki and Nicu Popescu, China and Russia: An Eastern partnership in the making? European Union Institute for Security Studies (EUISS), Chaillot Paper No. 140, Dezember 2016, <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISS-Files/CP_140_Russia_China.pdf> (abgerufen am 14.7.2018). Ausführlicher zu dieser Frage ein Literaturbericht von Hannes Adomeit, Russland und China – auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft?, in: SIRIUS 2018; 2 (2), S. 178-181.
- 18 Jack Farchy, Rosneft's pipeline proposal sparks rift with Transneft, in: Financial Times, 20.2.2014, <<https://www.ft.com/content/d06955f0-9a50-11e3-8232-00144feab7de>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 19 Jane Perlez, China and Russia reach 30-year gas deal, in: New York Times, 21.5.2014, <<http://mobile.nytimes.com/2014/05/22/world/asia/china-russia-gas-deal.html?from=world>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 20 Alexey Miller, Russia and China signed the biggest contract in the entire history of Gazprom, in: Gazprom, 21.5.2014, <<http://www.gazprom.com/press/news/2014/may/article191451/>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 21 Bridges, China, Russia clinch natural gas supply pact, 22.5.2014, <<http://www.ictsd.org/bridges-news/bridges/news/china-russia-clinch-natural-gas-supply-pact>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 22 Bei diesem Finanztermingeschäft werden von den Vertragsparteien Zins- und Kapitalzahlungen in unterschiedlichen Währungen ausgetauscht.
- 23 Am 24. August 2011 informierte der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew die erstaunten Journalisten über die Ergebnisse seiner Gespräche mit den Mitgliedern der Nationalen Verteidigungskommission Nordkorea: „Wir haben unsere ausführenden Organe angewiesen, eine Kommission einzurichten, um den spezifischen Rahmen für eine bilaterale Zusammenarbeit beim Gastransit durch die Volksrepublik zu vereinbaren, bei dem auch die Koreanische Republik eingebunden wird, zumal die Hauptkonsumenten in Südkorea sind.“ Eigene Übersetzung nach Dmitri Medwedew, Meeting with journalists following talks with Chairman of the State Defence Commission of the Democratic People's Republic of Korea Kim Jong II, 24.8.2011, <<http://eng.kremlin.ru/news/2733>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 24 John R. Bolton, To Stop Iran's Bomb, Bomb Iran, in: New York Times, 26.3.2015, <<https://www.nytimes.com/2015/03/26/opinion/to-stop-irans-bomb-bomb-iran.html>> (abgerufen am 14.7.2018).
- 25 Ausführlicher: Josef Braml, USA und Nordkorea: Was sind die Motive von Donald Trump?, Tagesspiegel, 26.5.2018, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/usa-und-nordkorea-was-sind-die-motive-von-donald-trump/22606238.html>> (abgerufen am 15.7.2018).
- 26 In erster Linie sind Produzenten gefährdet, die nicht eigenes Kapital investieren, sondern sich hoch verschuldet haben.
- 27 Es bleibt zu hoffen, dass die zu erwartenden Forderungsausfälle nicht das Finanzsystem von Einzelstaaten oder gar wieder das US-Finanzsystem insgesamt gefährden. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schätzte bereits 2015, dass sich weltweit die Verschuldung der Öl- und Gasindustrie seit 2006 mehr als verdoppelte, auf 2,5 Billionen Dollar im Jahr 2014. Die meisten Schulden wurden von der amerikanischen Fracking-Industrie gemacht. Dietrich Domanski, Jonathan Kearns, Marco Jacopo Lombardi und Hyun Song Shin, Oil and Debt, Bank for International Settlements, 18.3.2015, <http://www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt1503f.htm> (abgerufen am 14.7.2018).
- 28 So schon Trumps Vorgänger Barack Obama, der diesen doch etwas abwertenden Begriff benutzte, um seinen russlandfeindlichen Kritikern im Kongress zu entgegnen, dass Russland keine vitale Bedrohung mehr für die USA sei.

DGAPkompakt / Nr. 13 / Juli 2018



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.
ISSN 2198-5936

Bildnachweis Peter Palm, Berlin
Redaktion Eva-Maria McCormack,
Susann Kreuzmann
Layout/Satz Reiner Quirin
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung